

KOMMENTAR

VON
LUCIAN MAYRINGER

Fehlstart

Walter Rosenkranz hat als erster blauer Nationalratspräsident einen veritablen Fehlstart hingelegt. In seiner ersten Woche dem ungarischen Demokratieminister Viktor Orban das Parlament als Bühne für einen Quasi-Staatsbesuch gegeben zu haben, mag noch als Anfängerfehler durchgehen.

Rosenkranz, erster Blauer an der Parlamentsspitze

Die Eigeninitiative des vom Shoh-Gedenken Ausgeschlossenen am Judenplatz, bei der er sich mit jüdischen Studierenden anlegte, fiel in die Kategorie Pietätlosigkeit. Als Mitglied einer Burschenschaft (Libertas) mit nachgewiesenen antisemitischen Bezügen hätte Rosenkranz wissen müssen, dass er an diesem Tag allenfalls mit stiller Einkehr der Würde seines Amtes entsprochen hätte.

Daraus ergibt sich auch die Logik, dass Rosenkranz, Rechtslage hin oder her, keinesfalls ein geeigneter Vorsitzender im Nationalfonds für die Opfer des Nationalsozialismus sein kann. Eine entsprechende Garantie ist Rosenkranz auch jenen der 100 Abgeordneten schuldig, die längst bereuen, ihn an die Spitze des Nationalrats gewählt zu haben.

✉ l.mayringer@nachrichten.at

ÜBERBLICK

Kinderliga fordert ein Kinderministerium

WIEN. Die Liga für Kinder- und Jugendgesundheit hat am gestrigen Donnerstag zehn Forderungen an die künftige Regierung gerichtet und die Investition von „zwei Milliarden Euro für ein chancenreiches Aufwachsen“ sowie ein Kinderministerium empfohlen. Der Themenkatalog reicht dabei von Kinderarmut über psychische Gesundheit bis hin zu Klimaschutz. Jeder Cent, für Prävention „erspart wissenschaftlich erwiesen ein Vielfaches der volkswirtschaftlichen Folgekosten“, sagte Kinderliga-Vizepräsidentin Hedwig Wöfl. In Österreich seien laut dem Präsident der Kinderliga, Christoph Hackspiel, 22 Prozent der Kinder von Armut bedroht.



Walter Rosenkranz (FP, Mitte) leitet seine erste Präsidiale.

Foto: APA/Eva Manhart

Nationalfonds: Nächster Konflikt um Rosenkranz

Der Nationalratspräsident steht auch dem Fonds für NS-Opfer vor, Parteien suchen Lösung im Sinne der jüdischen Gemeinde

WIEN. Bei der ersten Präsidiale unter der Leitung von Walter Rosenkranz (FP) stand der neue Nationalratspräsident gestern gleich selbst im Zentrum zweier Konflikte. Die Vorgeschichte zum ersten: Die Israelitische Kultusgemeinde (IKG) hatte angekündigt, an den Sitzungen des Nationalfonds nicht mehr teilzunehmen, wenn der Burschenschafter Rosenkranz wie im Gesetz vorgesehen dort den Vorsitz übernimmt.

Vertretungsregelung

Er würde „durchaus überlegen“, diese Aufgabe an seine Stellvertreter zu übertragen, sagte Rosenkranz gestern. Er werde nun vom Rechts- und Legislativdienst prüfen lassen, ob diese Variante möglich sei. Falls nicht, werde er aber den Fonds leiten. Der Zweite Nationalratspräsident Peter Haubner (VP) erklärte sich vorab bereit, den Vorsitz im Nationalfonds allenfalls zu übernehmen.

Die Dritte Präsidentin Doris Bures (SP) verwies auf die enge Beziehung des Parlaments zur IKG und unterstützte ebenfalls eine Vertretungsregelung, ebenso wie Neos-Klubvize Nikolaus Scherak. Sigrid Maurer plädierte für eine „saubere Lösung“, bei

der man sich nicht auf eine Ankündigung von Rosenkranz verlassen müsse. Ein Gesetzesvorschlag der grünen Klubobfrau würde dem Hauptausschuss die Möglichkeit geben, auch andere Mitglieder des Präsidiums mit der Leitung des Fonds zu betrauen.

Eine Initiative, deren Unterstützung sich vorerst nur die Neos vorstellen können. Bemerkenswert ist, dass die FPÖ im Jahr 2022 im Zuge der Kritik an Wolfgang Sobotka (VP) selbst einen Antrag eingebracht hat, der sogar die Abwahl des Nationalratspräsidenten vorgesehen hätte.

Der Nationalfonds

Der Nationalfonds wurde 1995 per Nationalratsbeschluss als Ausdruck „der besonderen Verantwortung der Republik Österreich gegenüber den Opfern des Nationalsozialismus“ eingerichtet. Später kamen der Entschädigungsfonds (2001) und der Fonds zur Instandsetzung der jüdischen Friedhöfe (2010) dazu.

Zentrale Aufgabe des Nationalfonds sind die Gestenzzahlungen in der Höhe von jeweils 5087,10 Euro an NS-Opfer. Bisher wurden laut Parlament rund 158 Millionen Euro an rund 30.000

Menschen ausbezahlt. Oberstes Organ des Fonds ist das zwölfköpfige Kuratorium, dem der Nationalratspräsident vorsteht.

Solidarität für die Ukraine

Der zweite Streitpunkt geht auf eine Anfrage des ukrainischen Botschafters zurück. Dessen Wunsch ist es, am Dienstag, dem 1000. Tag des russischen Angriffs, das Parlament als Zeichen der Solidarität in den ukrainischen Nationalfarben Gelb und Blau zu beleuchten. Die FPÖ hat sich zuletzt im Wahlkampf von der Solidarität für die Ukraine distanziert. Grüne und Neos würden die Aktion befürworten.

Die Vertreter des Präsidiums verwiesen darauf, dass das Ansinnen auch an andere Institutionen (Bundeskanzleramt, Präsidenschaftskanzlei) übermittelt worden sei und man sich diesbezüglich im Austausch befinde.

Bures mahnte abseits vom Anlassfall, dass die Beleuchtung und andere Aktionen am Parlament „nicht inflationär“ sein sollten. Rosenkranz würde am liebsten dem Deutschen Bundestag folgen, der nur einmal im Jahr beleuchtet wird. Haubner plädierte für eine Gesamtlösung bezüglich der Parlamentsbeleuchtungen.

Selbstständige erhalten Zentrum für Gesundheit

HINTERGRUND

VON PHILIPP FELLINGER



In der heutigen Aufsichtsratssitzung der Oberösterreichischen Gesundheitsholding (OÖG) wird bekannt gegeben, was seit Wochen vermutet wurde: Als alleiniger Anbieter bekommt die OÖG den Zuschlag für das geplante Gesundheitszentrum der Sozialversicherungsanstalt der Selbständigen (SVS) in Linz. Der SVS-Verwaltungsrat hat bereits in diesem Jahr beschlossen, nach dem erfolgreichen Betrieb eines Standorts in Wien weitere Standorte für ihre Mitglieder in Linz, Graz und Innsbruck zu errichten.

Der Fokus soll auf Prävention und Rehabilitation sämtlicher Krankheiten, von orthopädischen Diagnosen bis hin zu Herz-Kreislauf-Erkrankungen, liegen. Damit wolle man ein ambulantes Zentrum errichten – das vor allem durch lange Öffnungszeiten und gute Erreichbarkeit punkten solle, sagt ein Sprecher der SVS den OÖN.

„Erster Schritt“

Grundsätzlich positiv beurteilt diesen Schritt der Linzer Gesundheitsstadtrat Michael Raml (FP). Die Kooperation zwischen SVS und OÖG könne aber noch weitergehen – man solle etwa auch für andere Versicherte ein Angebot gemeinsam mit der Österreichischen Gesundheitskasse oder der Ärztekammer schaffen. Weiters könnten vor Krankenhäusern vorgeschaltete Akutversorgungszentren die Ambulanzen entlasten.

Seitens der ÖGK weist man in einem schriftlichen Statement darauf hin, dass man in Österreich bereits sieben Gesundheitszentren betreibt – eines davon in Linz.



Gesundheitszentrum in Linz soll vollständig ambulant sein. Foto: APA/Fohringer

Ein Landtag zwischen Zwei-Klassen-Medizin und Zahnfüllungen

Konflikte um Sozialhilfe-Resolution und Kostensteigerung bei Pflichtschulbauprojekten

LINZ. Die gestrige Sitzung des Landtags begann mit Trauerbekundungen. Vergangene Woche waren sowohl der frühere Landesrat und Wirtschaftskammerchef Rudolf Trauner (VP) als auch der ehemalige Landtagsabgeordnete Josef Reisinger (SP) verstorben.

Unter den Anträgen war unter anderem einer der SPÖ-Fraktion, den der Dritte Landtagspräsident Peter Binder formulierte. Gesundheitslandesrätin Christine Haberland (VP) solle einen Bericht über die von den Roten vermutete „bevorzugte Behandlung von Patienten mit Zusatzversicherung“ in Krankenhäusern erstellen. Die

„Zwei-Klassen-Medizin“ müsse beseitigt werden, dazu brauche es eine objektive Erhebung.

VP-Landtagsabgeordnete Elisabeth Manhal sprach von einem „populistischen Antrag, der die Menschen verunsichere“. Es handle sich um einen suggerierten „Klassenkampf, der Öl ins Feuer gieße“. Ein Zwei-Klassen-System existiere „de facto“ nicht. Der Antrag wurde schließlich mit Stimmen der Koalitionsparteien VP und FP abgelehnt.

Ein gemeinsamer Resolutionsantrag von FP und VP, das Modell der oberösterreichischen Sozialhilfe für ein „strengeres und wirksameres Grundsatzgesetz“ im Bund



Gleich zwei Anträge zu Zahnfüllungen, nur einer schaffte eine Mehrheit. (Weißbold)

heranzuziehen, um „eine gerechte Gestaltung der Sozialhilfe sicherzustellen“, wurde indes mehrheitlich angenommen. Dagegen

stimmten die SPÖ und die Grünen. Für Ines Vukajlovic von den Grünen zeige das oberösterreichische Modell lediglich, „wie man mit res-

triktiven Gesetzen die Armut nicht nur verschärft, sondern sie auch befeuert“. In Krisenzeiten sei es wichtig, den finanziell Schwächsten wieder auf die Beine zu helfen.

Eine gemeinsame Resolution aller Parteien zur Sicherstellung von Zahnfüllungen als Kassenleistung wurde indes einstimmig angenommen. Versagt wurde mit Stimmen von Schwarz und Blau jedoch die Forderung von SPÖ, Grünen und MFG, als Sofortmaßnahme die oberösterreichischen Rücklagen in der ÖGK (rund 500 Millionen Euro) heranzuziehen, um kostenlose Zahnfüllungen weiterhin finanzieren zu können. (fep)